

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 845 ppbn d

Inhalt

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, kommentiert das Ergebnis der "Wahlen" in Südafrika: Weg der Konfrontation. Seite 1

Peter Schellschmidt, Stellvertretender SPD-Sprecher, fordert: Deutschlandpolitisches Nachdenken nicht nur erlaubt, sondern geboten. Seite 2

Karl-Heinz Hiersemann MdL schildert Bayerns Beitrag zum 1. Mai: Der Kalender "100 Jahre soziale Sicherheit" bleibt verboten. Seite 3

Klaus Thüsing MdB weist nach, wie in der Bundeshauptstadt eine Rom-Sippe kriminalisiert wird: Bonn bald wieder zigeunerfrei? Seite 5

Dokumentation

Hans-Ulrich Klose bei der Eröffnung einer "Polnischen Woche": Wechselseitige Betroffenheit im Guten wie im Schlechten. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 10B-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 82

30. April 1981

Weg der Konfrontation

Keine Annäherung an eine friedliche Lösung in Südafrika

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Das Wahlergebnis in der Republik Südafrika bedeutet nichts Gutes für die Zukunft des Landes und für die Region des südlichen Afrika. Die Nationale Partei hat ihre überwiegende Mehrheit behauptet, ist aber in neuer Zusammensetzung nach rechts gerückt. Die andere rassistische Partei, "Nationale Herstigte" Partei, hat aber über zwölf Prozent aller Stimmen erhalten. Ministerpräsident Botha wird dies bei seiner künftigen Politik berücksichtigen müssen.

Man darf annehmen, daß er das nicht ungern tun wird. Botha ist konservativ und ein entschiedener Verfechter der Apartheid. Verschärfte Prozeßgesetze, eingeschränkte Pressefreiheit und rasches Vortreiben der Auslagerung schwarzer Südafrikaner im Rahmen der "homeland"-Politik hat dies schon in der Vergangenheit gezeigt. Die Pläne haben eine Neuordnung der konservativen Kräfte, aber keine Annäherung an eine friedliche Lösung gebracht. Im Gegenteil: Es ist zu erwarten, daß der Weg der Konfrontation weiter beschritten wird.

Die Bundesregierung wird sicherlich verstärkten Angriffen ausgesetzt sein, wenn sie trotz dieser Entwicklung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wieder gegen Sanktionen gegen die Republik Südafrika stimmt. Dieses Votum muß sorgfältig überlegt sein. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird sich bemühen, auf diese Frage die richtige Antwort zu finden. (-/30.4.1981/ks/ca)

+ + +



Warum die Aufregung? -----

Deutschlandpolitisches Nachdenken nicht nur erlaubt, sondern geboten

Von Peter Schellschmidt

Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

Wir sollten alles daran setzen, daß in Deutschlandpolitik keine neuen Tabus aufgerichtet werden. Als Wolfgang Mischnick (FDP) etwa vor einem Jahr die Einbeziehung von Abrüstungsfragen in deutsch-deutsche Erörterungen forderte, wurde ihm der Drang zu deutsch-deutschen "Sonderverhandlungen" unterstellt. Jetzt widerfuhr Günter Gaus (SPD) ähnliches. Daß einschlägige Sprecher der Union hinter solchem deutschlandpolitischem Nachdenken allemal Verrat der deutschen und westlichen Interessen wittern, ist nicht neu und deshalb nicht überraschend. Manche Kommentierung aus dem "offiziellen Bonn" der letzten Tage stimmt da schon nachdenklicher.

Ein Blick auf die Ausgangslage von SPD und FDP bei der Begründung der Koalition zeigt: Unsere Politik gegenüber den osteuropäischen Nachbarn hat sich positiv entwickelt, weil bewußt der Erhaltung des Friedens Vorrang eingeräumt wurde vor der Austragung ideologischer Unversöhnlichkeiten. Das war die Grundlage zur Überwindung des Kalten Krieges.

Die politischen und gesellschaftlichen Gegensätze zwischen beiden deutschen Staaten haben sich durch die Entspannungspolitik nicht wesentlich verändert, wohl aber die Bedingungen, unter denen erst wieder Begegnungen und Austausch in Deutschland möglich wurden. Diese Bedingungen sind - nota bene - nur zwischen Regierungen auszuhandeln. Auch zwischen ihnen wurde der Umgangston "normaler". Die Sprache des Kalten Krieges überlebte indessen auf beiden Seiten bei manchen, die diese Politik eher zögernd verfolgten.

Es hilft weder uns noch den Menschen in der DDR, wenn man diesen Staat von offizieller Seite als "Sperr- und Garnisonsstaat der sowjetischen Vormacht" bezeichnet. Derartige Äußerung des stellvertretenden Sprechers der Bundesregierung sind allzu forsch. Sie werden auch von solchen Bürgern der DDR als verletzend empfunden, die dem politischen System der DDR kritisch gegenüberstehen.

Wer zum eigentlichen Kern der neuerlichen deutschlandpolitischen Diskussion vorstoßen will, muß sich erst durch einen Stapel von falschen Interpretationen und Mißverständnissen hindurcharbeiten: Als ob jemand gefordert hätte, die beiden deutschen Staaten sollten anstelle der Großmächte und der Bündnisse verhandeln! Wohl aber sieht der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR, der für beide Seiten verbindlich ist, ausdrücklich Konsultationen über europäische Sicherheitsfragen, die beide Seiten in gleicher Weise angehen, vor. Warum also die Aufregung?

Es ist doch wohl wenigstens einen Versuch wert, zu erkunden, ob sich auf der deutsch-deutschen Ebene Ansatzpunkte für Fortschritte in der Sicherheitspolitik finden lassen. Sollte dies gelingen, könnte und müßte man mit Sicherheit davon ausgehen, daß die DDR nicht ohne Abstimmung mit der östlichen Führungsmacht handeln würde. Selbstverständlich wäre ebenso, daß die Bundesrepublik in ihrem Bündnis keinen Alleingang versuchen, sondern alle Initiativen in bewährter Form im Bündnis abstimmen würde.

Jedenfalls darf und wird sich die Rolle der Bundesrepublik nicht im Nachkauen dessen erschöpfen, was andere sich ausgedacht haben. Es ist gut, daß die Bundesregierung ihre bewährte Politik der kleinen Schritte und menschlichen Erleichterungen unbeirrt fortsetzt. Wir können und müssen auf dem schwierigen Feld der deutsch-deutschen Beziehungen sensibel und nachdenklich bleiben. Solche Sensibilität könnte uns auch in den für uns alle lebenswichtigen Abrüstungsfragen helfen, obwohl es dafür natürlich keinerlei Garantie gibt.

Deutschlandpolitisches Nachdenken ist nicht nur erlaubt, sondern geboten.

+ + +

(-/30.4.1981/bgy/ca)



Bayerns Beitrag zum 1. Mai
-----**Der Kalender "100 Jahre soziale Sicherheit" bleibt verboten****Von Karl-Heinz Hiersemann MdL****Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag**

Die bayerische Staatsregierung und die CSU scheinen es heuer geradezu darauf anzulegen, zum Tag der Arbeit den Nachweis zu führen, daß sie ein gestörtes Verhältnis zur Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsbewegung haben. Da schulmeisterhaft der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Strauß in seinem Aufruf zum 1. Mai die Arbeitnehmer und versucht, indem er seinen Gruß gleichermaßen auch den Arbeitgebern entbietet, den Tag der Arbeit hälftig zum Tag der Arbeitgeber umzufunktionieren. Da fällt dem CSU-Generalsekretär Stoiber, der letztes Jahr eine regelrechte Kampagne gegen die Einheitsgewerkschaft inszenierte, zum 1. Mai nichts Besseres ein als die Behauptung, die Bonner Politik sei "gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet".

Wer in Wirklichkeit eine gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtete Politik betrieb, könnten Strauß und Stoiber leicht feststellen, wenn sie den vom Bundesarbeitsministerium herausgegebenen Kalender "100 Jahre soziale Sicherheit 1881 bis 1981" studieren würden. Dieser Kalender allerdings wird von der CSU-Staatsregierung für ein wahres Teufelswerk gehalten. Rechtzeitig zum 1. Mai hat jetzt das Kultusministerium auf eine schriftliche Anfrage mitgeteilt, daß das Verbot des Kalenders an Bayerns Schulen aufrechterhalten wird.

Zur Begründung des Verbots unternimmt Kultusminister Maier abenteuerliche geistige Verrenkungen - nur eines gibt er nicht zu: Daß er und seine Partei partout nicht wahrhaben wollen, daß die Geschichte des sozialen Fortschritts wesentlich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie verbunden ist.

Diese historische zweifelsfreie Tatsache hat natürlich in dem Kalender ihren Niederschlag gefunden. Gleichwohl erblickt der Kultusminister darin eine "einseitige parteipolitische Propaganda" und jammert über "einseitige, verzerrende und emotionalisierende Geschichtsklitterung". Generell vermißt das Ministerium in dem Kalender eine differenzierte historische Darstellung, das ganze Werk sei "dilettantisch und stümperhaft". Offenkundig ist das Ministerium der Meinung, ein Schulkalender müsse den Anforderungen einer wissenschaftlichen Abhandlung standhalten. Den Vorwurf der historischen Ungenauigkeit hat die Staatsregierung, wie erinnerlich, auch gegenüber der Ausstellung Widerstand und Verfolgung erhoben. Es ist zum Greifen, daß solche Argumente nur vorgeschoben werden, weil einem die ganze Sache nicht in den Kram paßt.

In der Einzelkritik an dem Kalender tut sich das Ministerium dann etwas schwerer. Bemängelt wird beispielsweise, daß die Karikaturen und Fotos ohne Quellenangabe sind. Dies ist in der Tat ein Manko des Kalenders, aber spielt es eine wesentliche Rolle? Zum Kalenderblatt April meint das Ministerium, der Hinweis, daß seit dem späten Mittelalter Arbeitnehmer streiken, sei viel zu undifferenziert. Viel mehr Details über solche Arbeitskämpfe wären nötig gewesen. So werde die "Chance zur Diskussion und offenen Information verspielt".

Und so sieht das beanstandete April-Blatt wirklich aus: Unter einem alten Bild von streikenden Arbeitern steht der Text: "Seit dem späten Mittelalter streiken Arbeitnehmer



für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Um die Erfüllung gewerkschaftlicher Ziele zu verhindern, sperren die Arbeitgeber zeitweilig alle Arbeitnehmer in bestreikten Gebieten aus - auch die nicht organisierten."

Ob dem Kultusministerium der Hinweis auf die Aussperrung "viel zu undifferenziert" ist?

Am Juni-Blatt mißfällt den Kalenderkritikern, daß "ohne kritische Würdigung" Witze aus einer alten Parteizeitung wiedergegeben werden. Hier einer der beanstandeten Witze:

Beim Kaffeeklatsch.

Frau Müller: Mein Mann bekommt, seit er Präsident geworden ist so viele Einladungen zu vornehmen Zirkeln, daß er sich kaum mehr retten kann.

Frau Meyer: Das ist gar nichts. Mein Mann ist Schulmeister, um den reißt sich der Staat und die Kirche.

Am Juliblatt hat das Ministerium auszusetzen, daß das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 1927 mit einer Schlagzeile aus der Gewerkschaftszeitung wiedergegeben wird. "Warum wird nicht der Text aus dem Reichsgesetzblatt abgebildet?" fragt das Ministerium. Ja, warum überhaupt wird den Schülern statt eines Kalenders nicht eine Gesetzessammlung aus den letzten hundert Jahren überreicht!

Zum Septemberblatt fällt den Kritikern nichts Rechtes ein, dafür befinden sie, das Bild von Käthe Kollwitz sei "didaktisch am falschen Ort". Wieso, wird nicht erläutert. Das Kollwitz-Bild zeigt eine über ihr totes Kind trauernde Mutter und wird gemeinhin als Anklage gegen eine Gesellschaft, in der Kinder verhungern, verstanden.

Auf fast sieben Seiten breitet das Kultusministerium so seine pedantischen, kleinkarierten Nörgeleien aus, um zu begründen, daß nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf.

Der soziale Fortschritt sei nicht einfach identisch mit der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie, faßt das Kultusministerium zusammen. Am selben Tag, als diese Erklärungen der SPD zügigen, erläuterte CSU-Generalsekretär Stolber, wer allein das Verdienst hat: "In den Jahren 1949 bis 1969 wurde von CDU und CSU die fundamentale Grundlage unserer sozialen Sicherung geschaffen". So also ist das. Der 1. Mai, der seit 1889 gefeiert wird, ist eigentlich überflüssig. Nicht die Arbeiterbewegung, sondern CDU und CSU haben den sozialen Fortschritt erkämpft. Diese Erkenntnis wird vom Kultusminister mit Sicherheit nicht als Geschichtsklitterung kritisiert.

(-/30.4.1981/ks/ca)

+ + +



Bonn bald wieder zigeunerfrei?

Wie in der Bundeshauptstadt eine Rom-Sippe kriminalisiert wird

Von Klaus Thüsing MdB

In der Bundeshauptstadt Bonn wird augenblicklich ein Lehrbeispiel der Diskriminierung einer Minderheit vorgeführt: Seit Anfang des Jahres konnte mit Hilfe von SPD-Bundes- und Kommunalpolitikern einer Gruppe von Rom-Zigeunern, die buchstäblich hungernd und frierend auf der Straße stand, ein Dach über den Kopf in einem leerstehenden Internat der Franziskaner-Menoriten vermittelt werden. Die Stadt Bonn - mit dem Verdacht, die Gruppe sei aus politischen Demonstrationsgründen nach Bonn gelockt worden schnell bei der Hand - war zunächst nur bereit zur Kenntnis zu nehmen, daß es ein Problem gab und als die Gruppe nicht mehr abzuschieben war, ihrer Pflicht Sozialhilfe zu leisten, nachzukommen. Dies tat sie, obwohl sie zunächst die abenteuerliche Rechtsauffassung vertrat, Zigeuner könnten qua Definition als Landfahrer gar nicht obdachlos sein. Eine Gruppe engagierter Helfer hat seitdem versucht, der Rom-Sippe wieder auf die Beine zu helfen: Bürger spendeten Kleider, Schuhe und Spielzeug, Ärzte leisteten Hilfe, ein Alphabetisierungskurs wurde organisiert, die Grundschul Kinder eingeschult.

Ein Problem konnte nicht gelöst werden: Die Sippe ist zwar vor 16 Jahren aus Jugoslawien aufgebrochen, niemand aber mehr im Besitz irgendwelcher Ausweispapiere; die große Mehrzahl von inzwischen 87 Menschen, davon über 50 Kinder, ist nicht mehr in Jugoslawien geboren, sondern in fast allen europäischen Ländern, ohne daß es eine einzige Geburtsurkunde gibt. Nach dem Gesetz zur Rechtstellung der Staatenlosen - nach über 20 Jahren 1976 endlich auch von der Bundesrepublik ratifiziert - ein Fall für die Ausstellung von Fremdenpässen.

Die Stadt Bonn ließ die Gruppe aber ohne Ausweise und begann stattdessen langwierige und sich nunmehr über drei Monate hinziehende Verhandlungen mit der jugoslawischen Botschaft mit der Absicht, die Staatsbürgerschaft der Republik Jugoslawien festzustellen, anstatt nach einer angemessenen Frist die Ausstellung von Pässen und die Nachforschung parallel zu betreiben. Weil ein Mensch ohne Ausweis, zumal wenn er Zigeuner ist und als solcher auch erkannt werden kann, vielfältiger öffentlicher Willkür bis hin zu vorläufigen Festnahmen und erkennungsdienstlichen Maßnahmen von der Straße weg ausgesetzt ist, ließ ich von einem der Sozialarbeiter ein Leumundspapier erstellen, in dem ich dem Inhaber die amtliche Meldung in Bonn bescheinigte. Die Seiten zwei und drei



dieses ausweisähnlichen Papiers sehen nach Paßformular aus; doch das gerade war der Grund, zusätzlich einen Stempeldruck "Dies ist kein amtliches Dokument" vorzunehmen.

Dennoch: Das Leumundspapier diente der Bonner Polizei dazu, den Vorwurf der Amtsanmaßung zu erheben und Strafanzeige zu erstatten. Die Bonner Rundschau gab mit der Schlagzeile "Geht es um echte Hilfe oder um falsche Pässe?" die Parole für eine öffentliche Kampagne aus und druckte lediglich Seite zwei und drei des Ausweispapiers ab, allerdings ohne den Stempel "Dies ist kein amtliches Dokument". Daß der Vorgang ohne Überprüfung des Sachverhaltes vom CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Joachim Jentsch genutzt wurde, eine pharisäerhafte Pressemitteilung zu veröffentlichen, sei nur am Rande vermerkt.

Wichtiger ist, daß die Anzeige wegen des Leumundpapiers und der Versuch, die Helfer der Zigeuner in Bonn ins Zwielicht zu stellen, sich verband mit einer gleichzeitigen Erklärung der Polizei zur Festnahme von drei jungen Frauen der Sippe unter dem Verdacht eines Taschendiebstahls. Die Polizei erklärte, nun sei man endlich den in "auffälliger Weise" in den letzten Monaten zunehmenden Taschendiebstählen auf der Spur. Die Anwesenheit der Zigeunersippe und die Zunahme von Diebstählen wurden also in einen direkten Beweiszusammenhang gebracht. Auch das weitere Verhalten der Polizei rechtfertigten die Vermutung einer Kriminalisierungsstrategie gegen die Zigeuner und ihre Helfer.

Gleichzeitig erklärte die Stadt Bonn definitiv, sie habe - obwohl es auch in Bonn leerstehende Häuser gibt - ein Wohnungsangebot auch angesichts des schon abgelaufenen Mietvertrages mit den Franziskanern nicht zu machen und mit allen rechtlichen Mitteln gegen die Errichtung eines Zigeunerplatzes vorgehen werde. Im übrigen halte sie aber ihr Angebot aufrecht, der Gruppe bei der Beschaffung von Wohnwagen und Fahrzeugen behilflich zu sein, um die Gruppe wieder beweglich zu machen. Dieses geschah, obwohl die Sippe erklärt hat, sie sähe im Landfahrerleben keine Zukunft mehr.

Diesem Ziel, die Gruppe wieder beweglich zu machen, dient offensichtlich auch die schon vor einigen Wochen getroffene Maßnahme der Stadt, die männlichen Mitglieder der Gruppe zu gemeinnütziger Arbeit von 40 Stunden pro Woche heranzuziehen, obwohl an den fehlenden Ausweispapieren eine ordentliche Arbeitsaufnahme, wie von der Sippe gewünscht, scheitert. Wie sagte doch ein Vertreter der Stadt in einer der vielen Besprechungen: "Bonn eignet sich nach seiner sozialen Struktur nicht für die Aufnahme einer Zigeunersippe." So darf man fragen: Wann wird sich die Bundeshauptstadt wieder zigeunerfrei präsentieren?

(-/30.4.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose hat anlässlich der Eröffnungsveranstaltung einer Polnischen Woche in einem Gymnasium folgende (gekürzte) Ansprache gehalten.

Wechselseitige Betroffenheit im Guten wie im Schlechten

Was macht unsere Nachbarschaft zu Polen aus? Das besondere Verhältnis zwischen uns und Polen ist nicht zuletzt deshalb so schwierig zu beschreiben, weil diese "Nachbarschaft" so schwierig zu beschreiben ist. Räumlich waren Deutsche und Polen immer Nachbarn. Aber wodurch wird die Nachbarschaft zwischen der Bundesrepublik oder Hamburg und der Volksrepublik Polen bestimmt? Wir haben keine gemeinsame Grenze. Wenn wir dennoch von Nachbarschaft reden, so liegt das eben in der Besonderheit unserer Beziehungen zu Polen begründet. Und diese Beziehungen sind anders als beispielsweise die zu Spanien oder zu Schweden, mit denen uns auch keine gemeinsame Grenze verbindet. Das Besondere unserer Beziehungen zu Polen liegt in der Besonderheit unserer Geschichte, gerade auch der jüngeren Geschichte: Es ist die Geschichte einer unglücklichen und schreckerfüllten Nachbarschaft.

Der Ausgangspunkt für Verständigung muß Verstehen sein. Für mich heißt das: Verstehen, daß und wie das polnische Volk durch uns gelitten hat. Bundeskanzler Schmidt hat das 1976 so ausgedrückt: "Die Leiden und Opfer unzähliger Polen, denen nichts vorgeworfen wurde, als daß sie Polen waren, die barbarischen Verwüstungen, sie wurden von Deutschen verursacht und im Namen eines falsch verstandenen Deutschtums. Als Deutsche können und wollen wir uns nicht die Hände waschen, auf wenige Verbrecher hinweisen und zur Tagesordnung übergehen. Es gibt hier kein Vergessen. Es muß Vergebung geben. Sie steht im Ermessen derjenigen, die gelitten haben."

Gegenüber der Generation, die heute an dieser Schule lernt, wird niemand den Vorwurf der Schuld erheben. Aber sie kann sich ebensowenig wie meine Generation von dieser Vergangenheit lösen, die die Gegenwart prägt. Die politische Verantwortung bleibt, alles zu tun, damit sich Vergleichbares niemals wiederholt.

Der Warschauer Vertrag von 1970 war deshalb ein bedeutender Einschnitt in unseren Beziehungen. Er ist ein Dokument der Verständigung und bekundet den Willen, auf jede Gewalt zwischen den Völkern zu verzichten. Für Polen bedeutet er eine Anerkennung seiner nationalen Integrität. Er hat die Grundlage für eine bessere Nachbarschaft gelegt.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen vor und nach Unterzeichnung des Warschauer Vertrags haben aber auch dies deutlich gemacht: Der Vertrag war der entscheidende Schritt, um normale nachbarschaftliche Beziehungen zu erreichen; er kann aber den Prozeß der Verständigung nicht abschließen. Verständigung ist nichts, was nur durch Verträge gesichert werden kann. Verständigung muß über die Herzen und Köpfe stattfinden.

Die Erfolge solcher auf Verständigung ausgerichteten Politik lassen sich auch in Zahlen ausdrücken. Ich will das hier nicht ausführen; aber die Zahl der Besucher aus und nach Polen ist eindrucksvoll. Es gibt zwischen unseren Ländern einen regen Kulturaustausch und vielfältige Begegnungen zwischen Wissenschaftlern, Politikern, Sportlern und so weiter. 200.000 Menschen konnten nach Abschluß des Vertrages von Polen in die Bundesrepublik übersiedeln. Auch der Handel hat sich ausgedehnt. Ich sage das bewußt zuletzt, weil immer wieder vermutet wird, das besondere Engagement Hamburgs für eine Versöhnung mit Polen hätte seinen Grund ausschließlich in wirtschaftlichen Interessen. Das ist so nicht richtig. Auch wenn Polen nicht eine Tonne über den Hamburger Hafen umschlagen würde: Die Versöhnung mit Polen ist und bleibt ein Hamburger Anliegen, weil wir dies als unsere historische Pflicht ansehen.

Wir sind stolz darauf, schon früh eigene Beiträge zu einer Verständigung zwischen Polen und Deutschen geleistet zu haben. Wir haben Begegnungen gefördert, und zwar nicht nur zwischen Regierungen und Parlamentariern, sondern zwischen den Bürgern unserer Länder.



Herausragend sind die schon traditionellen Kontakte zwischen polnischen und Hamburger Schulen:

- Seit 1973 gibt es einen regelmäßigen Austausch von Lehrergruppen: 200 polnische Lehrer haben Hamburg besucht, 350 Kollegen aus Hamburger Schulen besuchten Polen.
- Seit 1978 haben mehr als 20 Klassen Studienreisen nach Polen gemacht.
- Zur Zeit läuft ein gemeinsamer Wettbewerb, an dem sich Schüler aus dem Bezirk Lublin und Hamburg beteiligen können.

Die "Polnischen Tage" in Hamburg und die "Hamburger Tage" in Danzig haben zum wechselseitigen Kennenlernen ebenso beigetragen, wie Ausstellungen oder gemeinsame Rundfunkprogramme des NDR mit Radio Warschau.

Zu Nachbarschaft gehört das Kennenlernen, das Verstehen von Schwierigkeiten, das heißt auch die Kenntnisse über wechselseitige Vorurteile; denn nur dann wird man zu ehrlichen und begründeten Urteilen kommen.

Ziel unserer Bemühungen ist Verständigung. Das entspricht dem Geist des Warschauer Vertrages, der in weiteren Abkommen konkretisiert worden ist. Ich nenne als Beispiel die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission. Sie sollen nicht dazu führen, nur eine Sicht der Geschichte zu vermitteln, wie häufig diffamierend behauptet wird. Im Gegenteil: Konsens und Dissens in der Darstellung und Bewertung unserer gemeinsamen Geschichte sollen deutlich werden. Die Schüler sollen lernen, Geschichte auch aus der Sicht des Nachbarn zu sehen, um Entwicklungen zu verstehen. Verstehen ist die Grundlage der Verständigung.

Die Bereitschaft für Verständigung wird nicht gefördert, wenn wir heute in Landkarten die alte Grenze zwischen Polen und Deutschland an der Realität vorbei als "Perlenkette" markieren. Für mich ist selbstverständlich, daß die Grenzen des deutschen Reichs von 1937 Teil des Geschichtsunterrichtes, aber auch des Geographieunterrichtes sind. Niemand will Geschichte nachträglich umschreiben. Für mich ist auch unverzichtbar, die besondere Situation der deutschen Nation und deren Widerspiegelung in Grundgesetz und Rechtsprechung zum Thema des Schulunterrichtes zu machen. Aber in Landkarten, die nicht ausdrücklich historischen Inhalt haben, müssen wir das abbilden, was Realität und zugleich politischer Wille ist.

Der Senat hat deshalb einem Beschluß der Kultusministerkonferenz, die alte Grenze zwischen Polen und Deutschland als "Perlenkette", mit Verweis auf das Völkerrecht darzustellen, nicht zugestimmt. Dieser Beschluß steht unserer Auffassung nach im Widerspruch zum Geist des Warschauer Vertrages. Jede Argumentation, die hier juristische Gründe zur Rechtfertigung heranzieht, geht am Kern des Problems vorbei.

Rechtspositionen sind nicht über die Gestaltung von Landkarten durchzusetzen: Für das Völkerrecht ist das ohne Bedeutung; politisch ist es schädlich, weil es unseren Willen zur Verständigung in Zweifel geraten läßt. Ich hoffe sehr, daß die anderen Bundesländer die Bedenken Hamburgs und Bremens noch einmal diskutieren, um eine bundeseinheitliche Lösung zu erreichen, die die notwendige Verständigung zwischen Polen und uns erleichtert und nicht erneut schwieriger macht.

Mit Nachbarschaft verbunden ist auch die wechselseitige Betroffenheit durch das, was im Nachbarland geschieht, und zwar im Guten wie im Schlechten.



+ Unsere Länder haben ein unterschiedliches politisches und Gesellschaftssystem.

+ Unsere Länder gehören unterschiedlichen Militärbündnissen oder "Blöcken" an.

Beides müssen wir - ob es uns gefällt oder nicht - akzeptieren und tolerieren, wenn Verständigung möglich sein soll. Im übrigen zeigt die Entwicklung, daß "Tatsachen" sich ändern können. Wir erleben das gegenwärtig, da fast kein Tag ohne Meldungen über unseren polnischen Nachbarn vergeht. Aber auch insoweit gilt, daß wir mit eigenen Bewertungen und Kommentierungen zurückhaltend sein sollten. Zugegeben: Wir sind innerlich beteiligt, wir haben eine Meinung dazu. Aber nur die Polen selbst können und dürfen ihre Entwicklung bestimmen, nur sie und niemand sonst.

Eines sollten wir aber sehen und aussprechen: Eigenständige Entwicklungen - in Polen und anderswo - sind nur möglich, wenn die Regierungen in Ost und West festhalten an der Politik des Friedens und der Entspannung; oder zu dieser Politik zurückkehren.

In dem Maße, in dem Europa wieder zu einem Feld verschärfter Konflikte zwischen Ost und West wird, verringern sich realistischerweise die Möglichkeiten eines jeden kleineren Landes - dazu gehört die Bundesrepublik, dazu gehört Polen -, seinen eigenen Weg zu bestimmen.

Für mich gibt es deshalb keinen Zweifel, daß die Bundesrepublik zäh und geduldig die Entspannungspolitik fortsetzen muß. Dazu gehört vor allem, daß diese Politik den Menschen in unserem Land verständlich gemacht und von ihnen aktiv unterstützt werden muß. Deshalb bin ich dankbar, daß Ihre Schule diese "Polnische Woche" veranstaltet. Sie ist ein überzeugender Beitrag zur Friedenserziehung.

Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg.

(-/30.4.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

